

Klaus Pähler **Malaysia**
zwischen
Umweltkatastrophe
und Wirtschaftskrise

**Wichtige Entwicklungen
in Malaysia in der zweiten Jahreshälfte 1997**

Die durch Brandrodungen verursachten Umweltkatastrophen und die von Thailand ausgehende Börsenkrise haben das Selbstbewußtsein aller südostasiatischen 'Tigerstaaten' im vergangenen Jahr spürbar erschüttert. Gravierende Versäumnisse in der Wirtschafts- und Umweltpolitik vor allem Malaysias rächten sich bitter und ermutigten viele Bürger des Landes, ungewohnt deutlich nach der Legitimität des herrschenden Systems zu fragen. Sowohl der Druck aus dem Ausland als auch die Folgen der durch den Haze hervorgerufenen Luftverschmutzung verliehen dem Protest zusätzliches Gewicht: Die vom Dunst wochenlang eingehüllten PETRONAS-Twins-Towers in Kuala Lumpur – Symbol der Wirtschaftspotenz des Landes –, der durch monatelangen Sonnenlichtentzug hervorgerufene 70prozentige Rückgang der Gemüseproduktion sowie der sprunghafte Anstieg der Atemwegserkrankungen in der Bevölkerung ließen das Scheitern einer rein auf wirtschaftlichen Erfolg ausgerichteten Politik offenbar werden. Zwar dürften die stabilen wirtschaftlichen Grunddaten Malaysias eine größere Staatskrise verhindern, jedoch ist das Ziel Mahathirs, das Land bis zum Jahre 2020 in eine vollentwickelte Industrienation zu verwandeln, bereits heute unerreichbar geworden.

Im folgenden wird kurz über wichtige aktuelle Entwicklungen in Malaysia in der zweiten Hälfte 1997 berichtet. Im Mittelpunkt der Ausführungen stehen die von indonesischen Waldbränden verursachte Luftverschmutzung und die Wirtschaftskrise, die inzwischen ganz Ostasien erfaßt hat und möglicherweise auch die wirtschaftliche Lage in Europa und den USA in Mitleidenschaft ziehen wird. Dagegen verblassen andere Ereignisse.

- Malaysia hat sich für eine Erweiterung von ASEAN um alle CLM-Staaten (Kambodscha, Laos, Myanmar) eingesetzt. Myanmar (Burma) will man durch eine 'Politik des konstruktiven Engagements' zivilisieren und vor allem nicht in die Arme Chinas treiben. Hun Sens Putsch hat dann die Aufnahme Kambodschas aus malaysischer Sicht unmöglich gemacht.
- Im Vorfeld der Jahresversammlung von UMNO wurde der stellvertretende Premierminister Anwar Ibrahim in diffamierender Weise außerehelicher Affären bezichtigt. Anwar überstand diesen Versuch, ihn als wahrscheinlichen Nachfolger Mahathirs zu demontieren. Premierminister Mahathir sprach sich gegen (islamischen) Fundamentalismus und für Toleranz und Offenheit gegenüber der Moderne aus.
- Die wohl größte von Menschen verursachte Umweltkatastrophe, genannt *Haze*, erfaßte von Indonesien ausgehend weite Teile Südostasiens und hat zu unabsehbaren ökologischen und ökonomischen Schäden geführt. In der Hauptstadt Kuala Lumpur z. B. waren monatelang kaum

Himmel oder Sonne sichtbar. Innenpolitisch wurde die Hilflosigkeit und zum Teil Unglaublichkeit der malaysischen Regierung deutlich. Umweltpolitisch rächten sich die Versäumnisse der Vergangenheit: fehlende Vorsorge, mangelhafte Anwendung bestehender Gesetze. Wirtschaftlich konnte eine Katastrophe knapp vermieden werden, da kein landesweiter Notstand ausgerufen wurde. Die Kosten des *Haze* sind derzeit nicht spezifizierbar, bewegen sich aber mit Sicherheit in vielfacher Milliardenhöhe. Außenpolitisch wirkte das Verhalten Indonesiens in der Region destabilisierend, internationale Vereinbarungen über die ökologischen Rechte und Pflichten der ASEAN-Staaten werden nötig.

- Die zunächst von Thailand ausgehende Währungs- und Börsenkrise hat auch Malaysia schwer getroffen. Der Wert seiner Währung (Ringgit) gegenüber dem US-Dollar ist seit Juli 1997 um etwa ein Drittel, der Marktwert der malaysischen Wertpapiere um 30 bis 50 Prozent gesunken. Der malaysische Premierminister hat im Verlauf der Krise die ‘Spekulanten’ scharf als unmoralisch kritisiert und Regeln für die Devisenmärkte gefordert. Die Reaktion war zumeist ein weiterer Wertverlust des Ringgit. Malaysia ergreift aber auch verschiedene Sparmaßnahmen, um sein Zahlungsbilanzdefizit zu verringern. Investitionen in Höhe von etwa 35 Milliarden DM werden aufgeschoben, Importe nach Möglichkeit substituiert. Gefahren liegen außer in der allgemeinen Vertrauenskrise gegenüber Asien noch in einem überdimensionierten Immobilienmarkt, der privaten Verschuldung sowie in der Unabsehbarkeit der weiteren Entwicklung vor allem in Japan.
- Malaysia ist zwar für Deutschland ein wichtiger Handelspartner, Deutschland dürfte aber weniger unter der gegenwärtigen Entwicklung leiden als die USA. Langfristig dürften Malaysias Aussichten günstiger sein als die Thailands oder Indonesiens. Eine nachhaltige Erholung ist wohl aber erst in 18 bis 24 Monaten zu erwarten, möglicherweise auch erst nach fünf bis sieben Jahren.
- Die Beziehungen Malaysias zu den Vereinigten Staaten wurden durch Mord- und Boykottdrohungen belastet.

■ Einleitung

Das zweite Halbjahr 1997 war eine ungewohnt turbulente und rundum unerfreuliche Zeit für den vom Erfolg bisher so verwöhnten südostasiatischen 'Tigerstaat' Malaysia: Langjähriges wirtschaftliches Wachstum mit jährlichen Raten von über acht Prozent, innenpolitische Stabilität trotz ethnisch und religiös sehr heterogener Bevölkerungsstruktur, eine strikt auf Modernisierung abzielende Entwicklungspolitik sowie für ein islamisches Land ungewohnte Toleranz und Ablehnung des Fundamentalismus waren das Ergebnis einer strengen („wohlwollend autoritär“ bis „autokratisch“ zu nennenden) Herrschaft des 72jährigen Premierministers Mahathier. Im berechtigten Stolz auf seine Erfolge begann das gerade vierzig Jahre alte Malaysia an seine Unverwundbarkeit zu glauben: „Malaysia boleh“ – „Malaysia schafft es“, war der Slogan dieses Optimismus’.

Zwei zunächst exogene Störungen haben dieses Selbstvertrauen erheblich erschüttert: Eine von Indonesien ausgehende Umweltkatastrophe (*Haze*) und eine von Thailand ausgehende Krise der Devisen- und Wertpapierbörsen. An beiden Problemen wird die internationale Abhängigkeit deutlich, der insbesondere kleinere Länder wie Malaysia mit seinen 20 Millionen Einwohnern ausgesetzt sind. Verstärkte internationale Kooperation, besonders aber auch bessere Vorkehrungen im eigenen Lande werden die politischen Lehren aus dieser Entwicklung sein müssen.

Bevor auf diese Entwicklungen im einzelnen eingegangen wird, soll jedoch zunächst kurz über die ASEAN-Erweiterung und über die Jahresversammlung der United Malays National Organization (UMNO), der Seniorpartnerin der malaysischen Regierungskoalition Barisan Nasional (BN), berichtet werden.

■ ASEAN-Erweiterung: Problemfall Myanmar

1997 feierte die Association of South East Asian Nations (ASEAN) ihr 30jähriges Bestehen. Die Aufnahme der sogenannten CLM-Staaten (Kambodscha, Laos, Myanmar) stand zur Diskussion. Relativ frühzeitig hatten sich die bisherigen Mitgliedsstaaten

festgelegt, entweder alle CLM-Staaten aufzunehmen oder keinen. Problemfall war Myanmar (Burma, Birma) mit seinen Menschenrechtsverletzungen.

Der diplomatische Druck aus den USA und Europa, Myanmar nicht aufzunehmen, bewirkte in vorhersehbarer Weise gerade das Gegenteil. Ohne erheblichen Gesichtsverlust ('Lakai der Vereinigten Staaten') hätte sich die malaysische Regierung nicht gegen eine Aufnahme Myanmars aussprechen können. Es ist mit dem trotz wirtschaftlicher Erfolge und mancher starken Worte doch noch recht empfindlichen Selbstbewußtsein in Südostasien einfach nicht vereinbar, Druck von außen nachzugeben, selbst dann, wenn er sachlich berechtigt wäre.

Für eine Aufnahme Myanmars wurden in Malaysia folgende Gründe angeführt:

- Malaysia war Gastgeber der ASEAN-Gipfel 1997 und hätte einen diplomatischen Prestigegewinn darin gesehen, wenn zu diesem Anlaß alle Staaten Südostasiens Mitglied geworden und ASEAN 10 verwirklicht worden wäre.
- Man glaubt, durch eine Politik des 'konstruktiven Engagements' mehr für die Verbesserung der Lage der burmesischen Bevölkerung tun zu können als durch eine Ächtung der Regierung in Yangon (Rangoon). Man hofft, daß die Vertreter Myanmars durch regelmäßiger Kontakte innerhalb ASEANS gezwungen werden, 'Tischmanieren' zu erlernen. Dieses Argument ist natürlich nicht zwingend, andererseits aber auch nicht ganz falsch. Es ist jedenfalls im Einklang mit südostasiatischen diplomatischen und politischen Gepflogenheiten, eher indirekt Einfluß auszuüben, als mit direktem Druck zu arbeiten. Inzwischen hat sich das Regime ja auch zumindest einen neuen, etwas freundlicher klingenden Namen gegeben.
- Vor allem aber will man Myanmar durch Isolation in Südostasien nicht (noch weiter) in die Arme Chinas treiben. Dies ist vermutlich der überzeugendste Grund für die Aufnahme Myanmars gewesen, der aber verständlicherweise nicht laut publiziert wird, um China nicht herauszufordern. Selbstverständlich wird China trotz aller gegenwärtigen Sympathiekampagnen als der große Unsicherheitsfaktor der Region angesehen. Die einzige Option, die man zu haben glaubt, ist einer-

seits, die (politisch wie militärisch insgesamt ja doch sehr schwachen) Reihen so gut wie möglich zu schließen (aus diesem Grunde war ja auch Vietnam höchst willkommen in ASEAN), andererseits aber China nur ja nicht zu reizen, sondern vielmehr behutsam in eine regionale Ordnung einzubinden. Zu diesem Vorgehen dürfte es weder politisch, militärisch noch sonst eine Alternative geben. Ob es letztlich erfolgreich sein wird, bleibt abzuwarten und hängt natürlich vor allem auch von der inneren Entwicklung Chinas ab.

Ein Schönheitsfleck auf dem erstrebten Bild der ASEAN-10-Harmonie war dann allerdings der Putsch Hun Sens in Kambodscha. Dies war für die malaysische Regierung dann doch Grund genug, von dem ursprünglichen Beschluß, alle CLM-Staaten oder keinen aufzunehmen, abzurücken und den Beitritt Kambodschas auszusetzen. Diese Entscheidung entsprach auch dem allgemeinen Konsens in Malaysia, während es zum Beitritt Myanmars auch kritische Stimmen gab.

■ UMNO-Jahresversammlung – Verleumdungskampagne gegen Anwar Ibrahim

Die Generalversammlung 1997 der United Malays National Organization (UMNO), der Seniorpartnerin der malaysischen Regierungskoalition Barisan Nasional (BN), verlief ruhig, ja fast langweilig, da keine Personal- oder Grundsatzentscheidungen anstanden. In einer wichtigen Rede – die dann von den Umwelt- und Wirtschaftsproblemen überschattet wurde – hat sich UMNO-Parteipräsident und Premierminister Mahathir sehr klar gegen (islamischen) Fundamentalismus und für Toleranz angesprochen.

Die Bekämpfung des Fundamentalismus hat dabei offenbar Vorrang vor der Toleranz, denn es wurden mehrere Hochschuldozenten, die der Schia anhängen, unter dem Gesetz für innere Sicherheit (ISA) ohne große rechtsstaatliche Umstände kurzerhand verhaftet. Malaysia ist sunnitisch und will den teilweise radikalen Strömungen der Schia keinen Raum lassen. Die Freilassung der Inhaftierten steht bei Abschluß dieses Manuskripts (Mitte Dezember 1997) aber kurz bevor. Vermutlich ist Mahathir der einzige Politiker Malaysias, der sich eine derartige

Konfrontation mit Teilen des Islam leisten kann. Darüber hinaus hat er sich soeben positiv über die Rolle der Kritik in der Demokratie geäußert. Vielleicht gibt dies Anlaß zur Hoffnung auf eine etwas offenere und lebhaftere politische Diskussion in Malaysia.

(Man kann die politische Situation Malaysias nicht verstehen, wenn man sich nicht den ständigen Kompromiß zwischen Tradition und Moderne vergegenwärtigt, den dieses Land schließen muß, wenn es die Extreme von religiöser und politischer Reaktion auf der einen und sozialer Entwurzelung und psychologischer Entfremdung auf der anderen Seite vermeiden will. Die unter anderem wohl an ihrer einseitigen Betonung der Modernisierung gescheiterte Politik des Schah und die sich anschließende Entwicklung im Iran dienen hier gewiß als warnendes Beispiel. Westliche Kritiker, die – zu recht – verärgert sind über manchen Ton und manche Tat aus Malaysia, mögen Malaysia einmal mit anderen Ländern der islamischen Welt vergleichen.)

Im direkten Vorfeld des UMNO-Treffens kam es zu einer Verleumdung des stellvertretenden UMNO-Parteipräsidenten, stellvertretenden Premierministers und Finanzministers Anwar Ibrahim (50), der als wahrscheinlicher Nachfolger des Premierministers Mahathir gilt. Anwar wurde in anonymen Schreiben außerehelicher Beziehungen (auch homosexueller Art) beschuldigt. Dieser Vorwurf – und der nicht erhobene Vorwurf der Korruption – sind ja nicht gerade ungewöhnliche Methoden der politischen Diffamierung nicht nur in Malaysia. Als Drahtzieher wurden parteiinterne Rivalen bzw. Gegner Anwars verdächtigt. Mahathir stellte sich jedoch vor seinen Vize und eine Untersuchung kam zu dem Ergebnis, daß die Vorwürfe haltlos seien. Es scheint, daß Anwar, der im Sommer während eines längeren Auslandsaufenthaltes von Mahathir für zwei Monate als ‘amtierender Premierminister’ einer ‘Bewährungsprobe’ unterzogen worden war, auch diese Herausforderung unbeschadet überstanden hat. In der sich anschließenden Umwelt- und Wirtschaftskrise konnte er sich durch besonnenes und populäres Handeln weiteres Ansehen erwerben und seinen Vorsprung in der Mahathir-Nachfolge ausbauen.

■ **The Haze – Umweltkrise in Südostasien**

Ökologische Katastrophe mit unabsehbaren Folgen

Malaysia und weite Teile Südostasiens (besonders Singapur und Indonesien) wurden seit dem Sommer 1997 von dem euphemistisch sogenannten *Haze* ('Dunst') heimgesucht. In Kuala Lumpur z.B. waren seit etwa Mitte August bis Mitte November nur an wenigen Tagen der Himmel oder die Sonne sichtbar. In der übrigen Zeit war die Luft grau bis braun gefärbt. Die Symbolik der im Rauch versunkenen eleganten PETRONAS-Twin-Towers, der höchsten Bürogebäude der Welt und Stolz Malaysias, vermittelte eine an biblische Metaphern gemahnende Botschaft über das Verhältnis von Technik und Natur.

Viele Ausländer evakuierten ihre Familien, die US-Botschaft riet von allen nicht dringend nötigen Reisen nach Malaysia ab, stellte ihren Bediensteten das Verlassen des Postens anheim und bezahlte wie auch die deutsche Botschaft ihren entsandten Mitarbeitern Flüge in smogfreie Gebiete. Die gesundheitliche Belastung war nicht nur für Allergiker deutlich spürbar: Atemwege und Augen waren gereizt oder entzündet, allgemeine Konstitution und Arbeitsfähigkeit deutlich beeinträchtigt.

Die Sichtweite ging auf einige hundert – in Extremfällen auf weniger als zehn – Meter zurück. Partikel und Gase (vor allem Kohlenmonoxid, Ozon, Schwefeldioxid und wahrscheinlich auch Dioxin) verschmutzten die Luft. Sie stammten aus riesigen Waldbränden in Indonesien (Borneo, Sumatra). Verursacht wurden diese Brände überwiegend von großen Plantagekonzernen, die auf diese Weise billig Anbauflächen für *cash crops* (vor allem Palmöl) gewinnen wollen.

Über die wirkliche Größe dieser Brände gibt es nur widersprüchliche Zahlen: Die angesehenere indonesische Umwelt-NGO Walhi sprach von 1,7 Millionen Hektar. Genaue Angaben sind aber nur schwer zu machen, da auch Satellitenaufnahmen die dichten Rauchschwaden nicht durchdringen konnten. Löschversuche waren nur sehr begrenzt erfolgreich, das Feuer hatte Torf- bzw. Holzkohleschichten erfaßt, die eine Dicke von bis zu zehn Metern haben. Hier handelte es sich um extrem lange schwe-

lende und rauchende Materie, die nur von ganz massiven Regenfällen gelöscht werden kann.

Das Einsetzen des Monsuns war aber durch das El-Niño-Phänomen – eine Erwärmung großer Wassermassen des Pazifik mit erheblichen Auswirkungen auf das Wetter – unvorhersehbar geworden. Zwei Szenarien erschienen wahrscheinlich: Mitte bis Ende November einsetzende Regenfälle beenden den Spuk bis etwa Mitte Dezember oder Regenfälle im April/Mai 1998 würden die Feuer löschen.

Das erste Szenario ist zum Glück für die Malaysier Wirklichkeit geworden, Mitte November konnten die Atemschutzmasken eingepackt werden. In der Presse erschienen Fotos von Kuala Lumpur, auf denen die PETRONAS-Twin-Towers, Chrom- und Glas-Wahrzeichen der wirtschaftlichen Entwicklung Malaysias, wieder zu sehen waren.

Die Rauchschwaden haben sich gelichtet, betrachtet man jedoch die Primärschäden (unmittelbar zerstörte Ökosysteme, Regenwald) und Sekundärschäden (Auswirkungen auf die nicht gerodeten Gebiete einschließlich der Nachbarländer) so dürfte es sich insgesamt auch bei vorsichtiger Bewertung um die größte bekannte Umweltkatastrophe dieser Art und um die größte von Menschen verursachte Umweltkatastrophe überhaupt handeln. Unbekannt ist, wieviel Menschenleben diese Katastrophe wirklich gefordert hat: Ein durch den *Haze* verursachter Flugzeugabsturz über Sumatra, im Einsatz oder danach gestorbene Feuerwehrleute, unmittelbar durch den *Haze* zu Tode gekommene Personen, in den glühenden Wäldern möglicherweise verbrannte nomadisch lebende Eingeborene, Spätfolgen durch Krebs- und Atemwegserkrankungen – dies sind einige Positionen der Bilanz des durch den *Haze* verursachten menschlichen Leides.

Man muß auch kein Naturschwärmer sein, wenn einen der Gedanke an das vernichtete pflanzliche und tierische Leben erschüttert. Wer auch nur einmal kurz Gelegenheit zu einem Besuch im Regenwald hatte, konnte einen Eindruck von der unglaublichen Lebendigkeit eines jeden Baumes, ja Astes oder Zweiges mit seinen zahllosen pflanzlichen und tierischen 'Untermietern' gewinnen. Zigtausende Affen und Vögel, große und kleine Tiere – um von Insekten

gar nicht zu reden – sind in den Flammen jämmerlich verbrannt oder qualvoll im Rausch erstickt.

Trotz eines von den ASEAN-Mitgliedern soeben beschlossenen Aktionsplanes sind jedoch weder klare Sicht noch reine Luft dauerhaft gesichert: Internationale meteorologische Institute sagen die Wiederkehr des Problems für die nächsten Jahre voraus.

Politische Implikationen des Haze für Malaysia

Innenpolitik

Regierung und Behörden wurde von dem Problem mehr oder weniger überrascht und reagierten über weite Strecken hilflos. Auch eine Glaubwürdigkeitskrise wurde deutlich. Ausländer und auch viele Malaysier bezweifelten die Richtigkeit der publizierten Werte für die Luftverschmutzung. Die US-Botschaft begann, eigene Messungen anzustellen, die den offiziellen malaysischen aber entsprachen. Hinter der Maske freundlicher Höflichkeit war oft die Angst vor den langfristigen gesundheitlichen Folgen spürbar. Wohlhabende Malaysier brachten ihre Kinder außer Landes. Der Premierminister und der Ministerpräsident des besonders betroffenen Bundesstaates Sarawak gingen auf Auslandsreisen.

Nicht selten wurde der *Haze* auch als der Hinweis höherer Mächte verstanden, daß Malaysia mit seiner materialistischen, rein auf wirtschaftliche Erfolge abzielenden Entwicklungsstrategie auf dem falschen Wege sei. Diese Haltung wurde dann durch die sich verschärfende Wirtschaftskrise noch bestärkt.

Einerseits hat der *Haze* dazu beigetragen, daß viele Malaysier sich in ungewohnt kritischer Weise äußerten. Andererseits hat das Erziehungsministerium malaysischen Wissenschaftlern zeitweilig verboten, sich ohne vorherige Genehmigung über den *Haze* zu äußern. Damit sollte eine Schädigung des Tourismus vermieden werden. Dieser 'Maulkorberlaß' stieß dann allerdings selbst bei der regierungsfrommen Presse auf Kritik. Die internationale Presse berichtete natürlich über die Maßnahme, was sich auf die gerade auch im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise so wichtige Vertrauenswürdigkeit Malaysias negativ ausgewirkt haben dürfte.

Umweltpolitik

Es wurde – wie übrigens dann auch in der Wirtschaftskrise – das Fehlen geeigneter Notstands- und Krisenvorsorge deutlich. Obwohl die Verschmutzung die Grade ‘gesundheitsschädlich’ bis ‘gefährlich’ erreicht hatte, wurde weiterhin Müll offen verbrannt, wurden weder selbst extrem rauchende Dieselfahrzeuge stillgelegt noch stark staubende Steinbrüche und Baustellen geschlossen (die Partikelbelastung war eines der Hauptprobleme der verschmutzten Atemluft). Polizeikontrollen wurden listig umgangen: Lange Kolonnen übel stinkender Diesellaster parkten einfach auf der Standspur der Autobahn und warteten ab, bis die Polizeikontrollen in nicht allzu großer Entfernung beendet würden. Mit vergleichsweise wirkungslosen Maßnahmen (Tragen einer Atemschutzmaske aus Papier) sollte dem Gefühl ohnmächtiger Hilflosigkeit entgegengewirkt werden.

Verschlimmert wurde die ökologische Situation dann noch durch ein Tankerunglück, das zu einem Ölfilm vor malaysischen Küsten führte, sowie durch das Auslaufen von Dieselöl in das Trinkwasserversorgungssystem von Kuala Lumpur und Umgebung, was zur Folge hatte, daß einige Stadtteile tagelang nicht oder kaum mit Wasser versorgt waren.

Positiv zu vermerken ist, daß die Notwendigkeit einer vorsorgenden Umweltpolitik jetzt eher zu vermitteln ist als früher, wo ‘Umweltschutz’ ein *sensitive issue* war, das schnell in Verdacht geriet, westlichen Versuchen der Schwächung malaysischer Wettbewerbsfähigkeit zu dienen.

Wirtschaft

Wirtschaftliche Gründe waren wohl ausschlaggebend dafür, daß keine härteren umweltpolitischen Maßnahmen ergriffen wurden. Im Bundesstaat Sarawak auf Borneo hatte der Air Pollution Index (API) zeitweise Werte von über 830 erreicht. Die Skala des API endet eigentlich bei 500, was die oberste Grenze einer ‘gefährlichen’ Luftverschmutzung bezeichnet. Hier wurde für etwa eine Woche der Notstand ausgerufen, was die Schließung aller nicht unbedingt notwendiger Betriebe bedeutete. (Die Luftverschmutzung war in Kuching, der Hauptstadt Sarawaks, so

schlimm, daß Motorradfahrer nicht mehr die Fahrbahn sehen konnten.)

Die damit verbundenen Produktionsausfälle sind zur Zeit nicht abschätzbar. Wäre eine Verhängung des Notstandes aber auch für das Klang-Valley (die Umgebung der Hauptstadt Kuala Lumpur) mit seinen zahllosen Baustellen nötig geworden, hätte dies völlig unübersehbare ökonomische Folgen gehabt. (Man denke allein an die präzise zeitliche Planung der verschiedenen Subunternehmer bei Großbaustellen.)

Bei der Abwägung sicherer ökonomischer Verluste mit eventuellen langfristigen Gesundheitsschäden hat sich die Politik für die Begrenzung der gegenwärtigen ökonomischen Schäden entschieden. Diese Schäden dürften noch groß genug sein, auch wenn niemand sie beziffern kann. Allein fast 2.000 Flüge wurden gestrichen. In Teilen des Landes ging die Gemüseproduktion um 70 Prozent zurück. Was der monatelange Ausfall von Sonnenlicht (Photosynthese) für die Vegetation mit ihren großen tropischen Regenwäldern bedeuten wird, bleibt abzuwarten.

Der Tourismus – wichtig für die Verbesserung der stark defizitären Dienstleistungsbilanz – ist auch nach dem Ende des *Haze* noch massiv beeinträchtigt, obwohl Reisen nach Malaysia jetzt wieder völlig unproblematisch sind. Bei einer Wiederholung des *Haze* 1998 wäre die Durchführung der Commonwealth Games (eine Art Olympiade der Commonwealth-Staaten) in Malaysia allerdings ernstlich gefährdet – mit hohen Verlusten für die Wirtschaft und das internationale Ansehen Malaysias.

Die langfristig auf das malaysische Gesundheitssystem zukommenden Belastungen sind ebenfalls unabsehbar.

Da sich die Situation seit Mitte November deutlich verbessert hat, ist Malaysia einem nationalen Notstand knapp entgangen. Er wäre wirtschaftlich nach Aussagen von Fachleuten eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes gewesen. Dies gilt natürlich besonders in der gegenwärtig schwierigen wirtschaftlichen Lage, die praktisch keine Spielräume mehr läßt.

Außenpolitik

Indonesien als Verursacher dieser Situation hat zum ersten Mal überhaupt die Verantwortung für die Er-

eignisse übernommen. In der Vergangenheit – ähnlichen, aber weniger gravierenden *Haze* gab es auch in den Vorjahren – wurde das Problem einfach ge-
leugnet. Als bei weitem größtes Land in Südostasien glaubte Indonesien, sich dies leisten zu können. Eine offizielle Entschuldigung durch Präsident Suharto wurde daher mit einer gewissen Genugtuung zur Kenntnis genommen. Aber natürlich ist bekannt, daß die Suharto-Familie zu den Nutznießern der Brandrodung gehört. Offiziell wird Indonesien nicht kritisiert, die Diplomatie versichert aber, man rede ernsthaft mit Indonesien. Malaysia muß hier allerdings vorsichtig sein, waren doch malaysische Plantagenkonzerne an den Brandrodungen aktiv beteiligt.

Das Verhalten Indonesiens beeinträchtigt die Stabilität der Region und ist daher auch sicherheitspolitisch relevant. Zwar kann man nicht sagen, Indonesien habe einen „unerklärten ökologischen Krieg“ geführt, aber andererseits sind die billigend im Kauf genommenen Konsequenzen seines Verhaltens für die Nachbarn vermutlich schlimmer als alles, was die indonesische Armee ihnen antun könnte. Es wird sich hier also künftig die Frage stellen, welche internationalen Vereinbarungen – gegebenenfalls unter Einbeziehung von ASEAN – zur Regelung der ökologischen Rechte und Pflichten der südostasiatischen Staaten getroffen werden können. Erste Schritte dazu werden zur Zeit unternommen.

Zwar strahlen die PETRONAS-Towers wieder im gleißenden Licht Malaysias, aber trotzdem ist die Aussicht in die nähere Zukunft eher trüb bis gewitterig.

■ Der ‘Bär’ holt die ‘Tiger’ – Wirtschaftskrise in Ostasien

Metaphern aus der Tierwelt sind in Asien beliebt. ‘Tiger’ und ‘Drachen’ verkörpern Kraft, Macht oder gar Unbesiegbarkeit. Nur zu gern ließ man sich in Asien als ‘kleine Tiger’ preisen, Volkswirtschaften, deren Erfolge nur mit dem deutschen ‘Wirtschaftswunder’ vergleichbar schienen. Nun sorgt ein Tier aus der amerikanischen Börsenmythologie für Panik bei den ‘Tigern’: Der ‘Bär’ ist los an den Börsen der asiatischen ‘Tigerstaaten’, Symbol katastrophaler Kursstürze.

Ausgehend von Thailand hat eine Börsen- und Währungskrise inzwischen praktisch ganz Ostasien erfaßt und strahlt auf die USA und Europa aus. Die weitere Entwicklung dieser Krise ist nicht absehbar. Im folgenden soll kurz ihre Bedeutung für Malaysia aufgezeigt werden, so weit sie Anfang Dezember beurteilt werden kann.

Währungsprobleme

So stolz war man in Südostasien, daß aus den Dominos der Vietnamkriegszeit die Dynamos der Weltwirtschaft geworden waren. Mancher Politiker glaubte, auf Grund dieser Erfolge den Rest der Welt, besonders natürlich 'den Westen', Mores lehren zu können. Vielleicht wäre es klüger gewesen, sich weniger um den 'Sittenverfall' und die 'Dekadenz' des Westens zu kümmern als darum, das eigene Haus wetterfest zu machen.

Aus den Dynamos sind nun wieder Dominos geworden, überraschend schnell und schmerzhaft purzelten die gerade noch allseits gepriesenen asiatischen Wundervolkswirtschaften. Die meisten akademischen Ökonomen haben dies nicht erwartet oder prognostiziert. Skeptisches war am ehesten noch von internationalen Geschäftsleuten und von einigen Think Tanks zu hören.

Auch die Frage nach der politischen (Selbst-) Legitimierung der Herrschaftssysteme dieser Länder mit ihrem Anspruch auf eine 'asiatische' Demokratie mit 'asiatischen Werten' wird sich nun neu stellen. Soviel zumindest läßt sich aber wohl schon heute sagen: Wer Meinungsvielfalt beschränkt, muß auf die Warnfunktion abweichender Meinungen verzichten. Wohl läßt sich ohne Rücksicht auf eine echte Opposition das Staatsschiff kraftvoller steuern, eben aber auch in eine falsche Richtung.

Es wird in dieser Krise sichtbar, daß genuiner politischer Pluralismus schon an sich ein Indiz für Kontrolle und damit indirekt für Glaubwürdigkeit ist, und Glaubwürdigkeit und Transparenz – bzw. ihr wirkliches oder auch nur wahrgenommenes Fehlen – sind Kernbegriffe für das Verständnis der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Ostasien, die wahrscheinlich mehr eine Vertrauenskrise ist als eine durch die wirtschaftlichen *fundamentals* zu erklärende Krise.

Angesteckt von der thailändischen Baht-Krise hat der malaysische Ringgit sei Juli 1997 gegenüber dem US-Dollar etwa 33 Prozent seines Wertes eingebüßt. Der malaysische Premierminister hat vorgerechnet, daß sein Land dadurch einen Verlust in Höhe von 30 Milliarden US-Dollar erlitten hat. Diese Berechnung ist aber natürlich übertrieben, da sie darauf beruht, daß das malaysische Pro-Kopf-Einkommen vollständig in US-Dollar umgerechnet wurde. Das Einkommen wird aber nur zum Teil für Dollarimporte ausgegeben. Die wirklichen Wohlstandsverluste durch den Wertverfall des Ringgit sind daher geringer.

Die Berechnung soll aber wohl suggerieren, daß alle Malaysier gleichmäßig unter den Währungsproblemen leiden. Dies ist aber natürlich nicht der Fall. Wer in Dollar verschuldet ist oder wessen Importe in Dollar fakturiert werden, hat ökonomisch erheblich schwierigere Zeiten vor sich als der normale malaysische Bürger, für den allerdings Importgüter, Auslandsreisen oder das Auslandsstudium der Kinder zu Luxus und Güter des alltäglichen Bedarfes möglicherweise teurer werden, obwohl sich die Regierung allen Inflationstendenzen entgegenstellt.

Die Krise begann mit gegen den Thai-Baht gerichteten Devisentermingeschäften und griff dann auf den malaysischen Ringgit, den philippinischen Peso, die indonesische Rupie und dann auch auf den Neuen Taiwan-Dollar, den Hongkong-Dollar sowie den koreanischen Won über. Das Beispiel des wirtschaftlich sehr gesunden Hong Kong zeigt, daß es im Rahmen der Globalisierung kaum möglich ist, ein Land aus derartigen Krisen herauszuhalten.

Wurde zunächst Indonesien für seine besonnenen Reaktionen gelobt und Malaysia – besonders der Premier Mahathir – für seine dirigistischen Drohungen getadelt und mit immer tieferem Fall des Ringgit bestraft, zeigte sich letztlich, daß es auf Einzelheiten des Krisenmanagements offenbar gar nicht so sehr ankam. Das schwindende Vertrauen in das 'asiatische Wirtschaftswunder' war auch nicht mit *moral suasi* - oder mit ohnehin halbherzigen politischen Maßnahmen zu stabilisieren.

Beschimpfungen der Spekulanten – besonders George Soros' – als „Geistesgestörte“ bis hin zum später dementierten Vorwurf, es handele sich um eine jüdische Verschwörung zum Schaden der Mos-

lems, haben dagegen zum Wertverfall des Ringgit ebenso beigetragen wie zum Ansehensverlust Malaysias.

Äußerungen des Premiers, Malaysia werde Devisengeschäfte künftig regulieren, mußten von seinem Stellvertreter und Finanzminister Anwar Ibrahim 'zurechtgebogen' werden, um die internationalen Investoren, die um die Beweglichkeit ihrer Anlagen besorgt waren, nicht noch weiter zu verschrecken und zur Flucht aus dem Ringgit zu veranlassen. Dieser Spagat zwischen *face-keeping* für seinen Premier und seiner Beruhigung der Investoren gelang Anwar mit diplomatischem Geschick. Einige Beobachter rechneten sogar mit einem Rücktritt Mahathirs und einer Übernahme seines Amtes durch Anwar, was eher unwahrscheinlich scheint. Wer würde inmitten einer derartigen Krise ohne Not das Steuer an sich reißen und sich damit die Verantwortung für eine Situation aufbürden, die er kaum kontrolliert? Anwar als designierter Nachfolger kann in Ruhe abwarten, die Krise in der zweiten Reihe überstehen und durch besonnenes Verhalten zu Prestigegewinn nutzen.

Wirtschaftlich gab und gibt es verschiedene hausgemachte Gründe für den Wertverlust des Ringgit. Unter anderem ist ein Zahlungsbilanzdefizit zu nennen, das sich allerdings in den letzten Jahren verbessert hat. Schwierigkeiten liegen im Dienstleistungsbereich (z.B. Transporte, Banken, Versicherungen). Der Wertverlust des Ringgit wird hier natürlich in der richtigen Richtung korrigierend wirken: Die Einfuhren werden sich verteuern und dadurch sinken, während sich die Exporte verbilligen und damit zunehmen werden. Die dadurch ausgelöste Tendenz zu einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht wird aber zum Teil dadurch geschwächt, daß viele Malaysia exportierte Güter in nicht unbeträchtlichem Maße importierte Vorprodukte enthalten. Erschwerend für die Zahlungsbilanz könnte auch der durch den *Haze* verursachte Einbruch beim Tourismus sein, sollte er anhalten.

Zur Entlastung der Situation hat die Regierung mehrere Großprojekte mit einem geplanten Investitionsvolumen von etwa 35 Milliarden DM 'aufgeschoben'. Einige ausländische Beobachter kritisieren dies als halbherzig: Die Projekte sollten besser völlig

gestrichen werden. Im einzelnen handelt es sich um den ökologisch wie ökonomisch fragwürdigen Bau eines riesigen Staudammes auf Borneo (Bakun-Damm), einen Großflughafen im Norden Malaysias, eine über 90 km lange Brücke zur Insel Sumatra, eine riesige Einkaufsstadt (Linear City), die 2. Ausbaustufe des neuen Regierungssitzes in Putra Jaya sowie um eine neue Autobahn durch die Highlands.

Die Notwendigkeit all dieser Projekte war umstritten. Andererseits hätten sie jedoch zur Auslastung der malaysischen Baukapazitäten beigetragen. Was nun der Ausfall von Investitionen im Wert von über 60 Milliarden malaysischer Ringgit für Konjunktur und Wachstum bedeuten wird, kann niemand absehen. Mögliche Beschäftigungsprobleme könnte man zunächst durch die Rückführung, teils illegaler, ausländischer Arbeitskräfte abzuwehren versuchen. Die Erwartungen an das Wachstum wurden zwischenzeitlich auf etwa vier Prozent korrigiert, ein herber Rückschlag für Malaysias 'Vision 2020', d.h. das Ziel, bis zum Jahr 2020 eine vollentwickelte Industrienation zu werden: dazu wären mindestens sieben Prozent jährlich nötig.

Der Ende Oktober für Malaysia vorgestellte Haushalt '98 hat die Anleger nicht überzeugt. Obwohl der Haushalt mit seinen wichtigsten Einzelheiten in einem schwachen Ringgitkurs antizipiert worden war, fiel der Ringgit dann nach Vorstellung des Haushaltes noch einmal. Dasselbe wiederholte sich Anfang Dezember, als neue Sparmaßnahmen angekündigt wurden und die Bevölkerung u.a. aufgefordert wurde, Gemüse für den eigenen Bedarf selbst anzubauen. Nach einer sehr kurzfristigen Beruhigung fiel der Ringgit weiter, scheinbar ins Bodenlose. Galt vor kurzem noch ein Wechselkurs von 3,50 RM pro US-Dollar als Schreckensvision, wäre man heute damit höchst zufrieden. Man bereitet sich auf 4,00 vor und will 4,50 nicht sicher ausschließen.

Man spricht von einem *meltdown* der malaysischen Wirtschaft, einer „Kernschmelze“. Trotz aller patriotischen Appelle der Regierung sowie der Errichtung eines zusätzlichen Beratungsgremiums (National Economic Action Council), an dessen Spitze soeben der Multimilliardär, Wirtschaftsberater Mahathirs, ehemalige Finanzminister und 'Vater des malaysischen Wirtschaftswunders', Tun Daim

Zainuddin, berufen wurde, werden Guthaben von einheimischen zu ausländischen Banken transferiert.

Malaysia, das bisher mit Recht so stolz auf seine wirtschaftliche Entwicklung war, lernt nun auch die Risiken der globalen Verflechtungen kennen und beginnt einzusehen, daß nationale Politik allein die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes vermutlich nicht garantieren kann. Das europäische Modell, wenn gewiß auch nicht übertragbar, dürfte für Südostasien dadurch interessanter werden.

Börsenkrise

Schon allein wegen des gestiegenen Wechselkursrisikos für ausländische Anleger ist natürlich die Krise der Wertpapierbörsen mit der Krise der Währungen eng verbunden. Hinzu kommen Korrekturen bei den Gewinnerwartungen und damit veränderte Kurs-Gewinn-Relationen sowie generell ein erhöhtes subjektives und objektives Risiko für die Anleger. Die Krise wird häufig mit dem Börsenkrach von 1987 verglichen.

Die Krise der asiatischen Börsen bedeutet im Falle Malaysias bisher einen Verlust von 30 bis 50 Prozent des Marktwertes der gehandelten Aktien. Einzelne Papiere verloren zeitweilig bis zu 70 Prozent ihres Wertes. Der Composite-Index (CI) der Börse von Kuala Lumpur (KLSE) lag Anfang Dezember bei etwa 545 und damit 55 Prozent unter dem Vorjahreswert. Dies muß aber noch nicht das Ende der Talfahrt bedeuten. Der Gelegenheit, zu im statistischen Durchschnitt niedrigen Kursen jetzt günstig zu kaufen, steht das erhebliche Risiko gegenüber, im konkreten Fall auf die falschen Pferde zu setzen. Außerdem dürfte Malaysiern meist ganz einfach die notwendige Liquidität zu größeren Anlagen fehlen, während ausländische Anleger die Wechselkurskomponente ihres Risikos scheuen und auf noch günstigere Gelegenheiten warten dürften. Eine nachhaltige Erholung des KLSE-CI ist daher kurzfristig nicht zu erwarten.

Versuche, die Kurse mit Hilfe eines Fonds aus öffentlichen Mitteln von etwa 35 Milliarden DM zu stabilisieren, wurden schnell aufgegeben. Politisch war dies eine fragwürdige Idee: Begünstigt worden wären malaysische Wertpapierbesitzer, also die – bisher? – wohlhabende ‘Mittelklasse’, vor allem die

melayu baru, die ‘neuen (neureichen) Malaien’. Belastet worden wären ausländische Anleger und öffentliche Kassen (also die breite Bevölkerung).

Ein Teil der Malaysier finanzierte seine Wertpapiergeschäfte aus Krediten, eine gute Strategie bei niedrigen Zinsen und ständig steigenden Kursen, fatal bei einem *crash*. Hinzu kommt das Problem der *asset inflation*, der Überbewertung von Vermögenspositionen. Werden stark überbewertete Aktiva (z.B. Immobilien oder Wertpapierportefeuilles) zur Kreditsicherung beliehen, entsteht in Krisenzeiten, in denen der Marktwert dieser Aktiva rasch fällt, für die Kreditgeber ein hohes Risiko, da die Sicherheiten beim Konkurs des Schuldners nur noch einen eventuell sehr geringen Teil des Kredites abdecken. Solange die Liquidität des Kreditgebers nicht gefährdet ist, kann er auf Forderungen zur zusätzlichen Kreditsicherung oder auf Kreditrückführung verzichten, denen der Kreditnehmer vermutlich nicht nachkommen könnte. Brechen mehrere größere Schuldner zusammen, kommt der Kreditgeber selbst in Gefahr und muß zur Deckung seiner Kredite die als Sicherheit beliehenen Wertpapiere verkaufen, was zu zusätzlichem Druck auf die Kurse führt, den Wert der Sicherheiten für Kredite noch stärker reduziert sowie eine weitere Selbstverstärkung des Prozesses bewirkt.

Es ist zu hören, daß Kredite manchmal eher wegen „guter Beziehungen“ (*cronyism*) vergeben worden sind als auf der Grundlage gesunder Projektplanung und solider Sicherheiten. Die Börse von Kuala Lumpur soll von manchen als ein Kasino, in dem man nicht verlieren kann, betrachtet worden sein. Wieweit dies zutrifft, kann sich schon in näherer Zukunft zeigen, wenn die dramatische Entwicklung des Finanzsektors auf den realen Sektor übergreift.

Bisher ist die Krise ja auf den Finanzsektor beschränkt. Es ist nicht zu ernsthaften Firmenzusammenbrüchen gekommen, obwohl zwei Fälle zumindest Anlaß zur Besorgnis mit unmittelbarer Auswirkung auf den Wechselkurs gaben: Zum einen hat die Firma UEM in Milliardenhöhe Aktien ihrer Muttergesellschaft Renong zu einem möglicherweise überhöhten Kurs aufgekauft. Dies wurde als indirekter Transfer liquider Mittel von der Tochter zur Mutter – zum Schaden von Kleinaktionären – angesehen. Die Zulässigkeit dieses Vorgehens war zumin-

dest zweifelhaft, und die Rechtmäßigkeit der erteilten Genehmigung wird zur Zeit offiziell überprüft.

Zum anderen hat die Firma Ekran, die den Auftrag zum Bau des umstrittenen Bakun-Dammes gewonnen hatte, dieses Projekt an die Regierung zurückgegeben. Schon vor der gegenwärtigen Wirtschaftskrise war es zu Finanzierungsproblemen gekommen. Beide Fälle haben das Vertrauen der Investoren in die Transparenz derartiger Transaktionen geschwächt und wurden mit Kursverlusten des Ringgit beantwortet.

Sollten die Probleme des Finanzsektors auf den realen Sektor übergreifen, wäre der Februar, nach dem Ende des Fastenmonats und dem Chinesischen Neujahrsfest, ein dafür wahrscheinlicher Zeitpunkt: Hier werden analog zum deutschen Weihnachtsgeld hohe Bonuszahlungen der Firmen an die Beschäftigten fällig. Zwei oder drei Monatsgehälter sind keineswegs ungewöhnlich, was zu erheblichen Liquiditätsbelastungen führen könnte.

Bedeutung der Wirtschaftskrise für deutsche Wirtschaftsinteressen

In Malaysia sind etwa 350 deutsche Unternehmen aktiv. Das Volumen ihrer Investitionen in Malaysia beträgt 2 bis 2,5 Milliarden DM. Deutschland ist noch vor dem ehemaligen Kolonialherren Großbritannien Malaysias wichtigster Handelspartner in Europa, weltweit liegt es an fünfter Stelle. Es bezieht von Malaysia vor allem elektrische und elektronische Geräte und liefert u.a. Autos, Maschinen und chemische Produkte. Das Handelsvolumen beläuft sich auf etwa acht Milliarden DM. Für in Malaysia produzierende Unternehmen mit in malaysischen Ringgit fakturierten Kosten und durch Exporte in Dollar oder anderen Hartwährungen fakturierten Erlösen bedeutet die gegenwärtigen Situation natürlich steigende Gewinne. Verschlechtert hat sich die Situation für die Exporteure in Deutschland gefertigter Produkte, deren DM-Erlöse durch den gefallen Ringgit stark sinken, die dies aber nicht durch Preiserhöhungen in Malaysia ausgleichen können.

Der Verlust von Marktanteilen droht solchen Anbietern, deren malaysische Abnehmer wegen der Wechselkursbedingten Verteuerungen von deutschen auf dritte No-name-Produkte (z.B. in der Agrochemie)

überwechseln. Gäbe man vorübergehend besondere Rabatte zur Erhaltung der Kundenbeziehung im Rahmen einer globalen Marketingstrategie, setzten sich diese Anbieter dem Verdacht aus, bisher zu überhöhten Preisen verkauft zu haben. Außerdem erschwerten sie sich die spätere Rückkehr auf ein realistisches Preisniveau. Firmen, die in Malaysia für den malaysischen Markt und andere südostasiatische Märkte produzieren, sind entsprechend ihrer in Dollar/DM oder Ringgit fakturierten Kosten- und Erlösstruktur von der Entwicklung betroffen.

Abgesehen von den unmittelbar in Malaysia engagierten Unternehmen dürften die Auswirkungen der ostasiatischen Krise für die deutsche Volkswirtschaft geringer sein als etwa für die amerikanische. Nur etwa 3,2 Prozent der deutschen, aber etwa sieben Prozent der amerikanischen Exporte gehen in die ASEAN-Staaten. Da der Wertverlust des Ringgit gegenüber dem Dollar deutlich ausgeprägter ist als gegenüber der Mark, hat sich Deutschlands Exportposition relativ verbessert. Vor der Entwicklung des Dollar-DM-Kurses hängt aber ab, inwieweit deutsche Exporte nach Malaysia dauerhaft relativ billiger werden als amerikanische und diese verdrängen können. Hier liegen für die deutsche Wirtschaft durchaus auch Chancen, zumal man sich in Malaysia nunmehr noch stärker von zu einseitigen Verflechtungen (mit den USA und Japan) unabhängig machen und vermehrt nach Europa hin orientieren will. (Kürzlich ging etwa ein wichtiger Auftrag für Patrouillenboote der malaysischen Marine an ein deutsches Werftenkonsortium.)

Zuviele andere Faktoren – etwa ein hoher Dollarbedarf, um zum Jahresende fällige Zahlungen zu leisten, die Verschlechterung der amerikanischen Beschäftigungssituation sowie vor allem die Frage, wie sich die Situation in Japan entwickelt, erschweren jedoch seriöse Vorhersagen über die nähere Zukunft. Zwei mögliche Alternativen scheint es zu geben: Die optimistische Schule rechnet mit einer Überwindung der Krise in eineinhalb bis zwei, eventuell auch drei Jahren, die pessimistische Schule erwartet eine Erholung erst nach fünf bis sieben Jahren. Langfristig dürfte Malaysia aber für Deutschland ein interessanter Handelspartner bleiben.

■ **Morddrohungen gegen amerikanische Staatsbürger in Malaysia**

Zwar waren die Vereinigten Staaten oft der verbale Prügelknabe mancher Mitglieder der politischen Führung Malaysias (mit dem „dekadenten Westen“ waren meist die USA, kaum Deutschland gemeint), realpolitischer Sinn und die Kunst malaysischer Politik machten es jedoch möglich, praktisch durchaus gute Beziehungen zu unterhalten und profitable Geschäfte miteinander zu machen. Ende 1997 allerdings wurden die Beziehungen Malaysias zu den Vereinigten Staaten durch einige unerfreuliche Ereignisse belastet.

- Mitglieder des amerikanischen Kongresses wollten einen Kongreßbeschuß herbeiführen, der den malaysischen Premierminister Mahathir zu einer Entschuldigung oder zum Rücktritt auffordert. Der Grund waren Medienberichte über Äußerungen Mahathirs, die Kursstürze südostasiatischer Börsen seien das Ergebnis einer jüdischen und amerikanischen Verschwörung gegen ein prosperierendes islamisches Land. Der Premier ließ dementieren: Er habe nicht von einer jüdischen Verschwörung geredet, sondern von dem Spekulanten George Soros. Weder Malaysia noch er selbst seien antisemitisch, im Gegenteil: Malaysia lasse z.B. israelische Studenten und Sportler einreisen. Wie nicht anders zu erwarten, haben die US-Kongreßmitglieder eine Welle der Unterstützung für und der Solidarisierung mit Mahathir ausgelöst. Unerwartet war die Unterstützung durch den Ministerpräsidenten des Bundesstaates Kelantan, Datuk Nik Abdul Aziz Nik Mat, ist doch Kelantan der einzige nicht von einer BN-Koalition regierte Bundesstaat Malaysias. Die dort regierende PAS (Parti Islam Se Malaysia) ist bei weitem fundamentalistischer als die UMNO Mahathirs. Beide Parteien lassen gewöhnlich keine Gelegenheit aus, einander scharf zu kritisieren. Sogar der US-Botschafter in Malaysia kritisierte das Vorgehen der Kongreßabgeordneten. Dieser von außen bewirkte Solidarisierungseffekt hat auch diejenigen malaysischen Kritiker Mahathirs, die mit seinen Äußerungen im Verlauf der

Währungskrise alles andere als glücklich waren, wieder verstummen lassen. Mahathir hätte sich keine bessere PR-Strategie ausdenken können.

- Der nationale malaysische Ölkonzern Petronas hat zusammen mit Total S.A. (Frankreich) und Gazprom (Rußland) unter Verstoß gegen die amerikanische ‘Iran-Libya Sanctions Act’ Gasgeschäfte im Wert von zwei Milliarden US-Dollar mit dem Iran abgeschlossen. Die Vereinigten Staaten drohten den beteiligten Unternehmen mit Sanktionen und wollten Experten nach Malaysia entsenden, um den Sachverhalt zu untersuchen.

Wie auch Frankreich, dessen Staatspräsident Chirac kürzlich in Malaysia weilte, hält Malaysia amerikanische Sanktionen gegen im Iran investierende Unternehmen für nicht mit dem freien Welthandel und der WTO vereinbar.

- Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen ist es im Anschluß an einen in Pakistan verübten Mord an vier amerikanischen Staatsbürgern in Malaysia zu Morddrohungen gegenüber Amerikanern gekommen. In zwei Telefonanrufen und einem Fax wurde die Ermordung von vier amerikanischen Staatsbürgern angekündigt. Eine bisher unbekannte islamische Organisation hat die Verantwortung übernommen.

Ob die erwähnten Drohungen ernst gemeint sind, ist schwer zu beurteilen. Westliche Sicherheitsexperten sehen eine mögliche Gefahr durch einen bisher unbekanntes Gegner, wollen aber weder eine ausländische Organisation noch einen Bluff ausschließen. Die amerikanische Botschaft hat eine entsprechende Warnung herausgegeben. Die malaysischen Behörden untersuchen den Fall mit dem nötigen Ernst.

- Amerika schließlich drohte im Zusammenhang mit der WTO-Liberalisierung der Finanzmärkte mit einem Boykott Malaysias.

■ **Schlußbemerkung**

Zum Zeitpunkt der Berichterstattung muß die kurz- bis mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung in Malaysia als offen angesehen werden. Spaßvögel erklärten ein im Karaoke-freudigen Malaysia populäres Chanson zur inoffiziellen Nationalhymne: „Que sera, sera, whatever will be, will be, the future

is not our's to see ...". Die politische Situation dürfte aber stabil bleiben, Kontinuität und entschlossenes Handeln der Führung sind äußerst wahrscheinlich. Nach Einschätzung vieler Beobachter dürfte Malaysia auch aufgrund seiner relativ guten wirtschaftlichen Grunddaten in einer erheblich besseren Position sein als etwa Thailand oder Indonesien. Ob aber ein Gang zum IMF – zur Zeit wird er vehement ausgeschlossen – letztlich vermieden werden kann, ist nicht vorherzusagen.

Jedenfalls wird sich in dieser für Malaysia schwierigen Zeit erweisen, wie gut die politische Führung des Landes wirklich ist. Bei hohen Wachstumsraten immer neue glänzende Großprojekte zu erdenken, ist das eine. In Krisenzeiten die für das Gemeinwohl richtigen Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen, ist, natürlich nicht nur im Falle Malaysias, dagegen der Prüfstein für wirklich gute politische Führung. Von der Glaubwürdigkeit der politischen (und wirtschaftlichen) Elite des Landes und ihrer wahrgenommenen Bereitschaft, die wirklichen Probleme anzupacken statt andere zu beschuldigen, wird abhängen, wie schnell und nachhaltig Malaysia sich erholen wird. Es ist gewiß nicht übertreiben, die gegenwärtige Situation als eine Reifeprüfung für die politischen Institutionen und die Führung Malaysias anzusehen.

Es ist diesem schönen Land und seiner liebenswerten Bevölkerung, die noch gar nicht richtig begriffen hat, wie ihr geschieht, wirklich zu wünschen, daß sie aus der gegenwärtigen Krise gestärkt hervorgehen.